

Sächsische Dorfzeitung und Säggaupresse

Verlags- und Druckerei: Amt Dresden Nr. 51307
Tel. Nr. 1 Säggaupresse Dresden

mit Loschwitzer Anzeiger
Tageszeitung für das östliche Dresden u. seine Vororte

Danzig-Route: Allg. Deutsche Credit-Anstalt, Danzig
Postfach-Nr. 2. 612 Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Städte Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bählaus, Rochwitz und Laubegau (II. und III. Verwaltungsbezirk), Gemeinden Wachwitz, Niederpoyritz, Hofterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaften Dresden-N. und Dresden-O.

Verlag: Säggaupresse und Verlagsgesellschaft Hermann Dezer & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich: Eugen Werner Dresden.

Nr. 145

Blasewitz, Montag, 25. Juni 1923

85. Jahrgang.

Lirard und die rheinischen Separatisten.

Entwürfe des „Oberver“.

London, 24. Juni. „Oberver“ veröffentlicht heute sensationelle Entwürfe über die französischen Pläne für die Restrenkung des Rheinlandes vom Reich. In einem vom 16. April d. J. datierten Geheimbericht des französischen Oberkommissars im Rheinland an seine Regierung bezieht sich der Oberkommissar mit den Anstrengungen des französischen Oberkommissariats und des Führers der rheinischen Separatisten, um ihr gemeinsames Ziel der Restrenkung des Rheinlandes zu erreichen. Der als persönlich und streng vertraulich bezeichnete Geheimbericht erwähnt, daß die Verfasser des Berichtes im Mai 1921 mit der Aufgabe betraut wurden, mit Dr. Dorien in Föhding zu treten. Mit Unterstützung des Oberkommissars habe Dorien seine Anhänger zusammenbekommen, ihre Begeisterung hochgehalten, seine Propaganda verbreiten und Zeitungen gründen können. Das „Oberver“ hat jedoch keine Zusammenkunft mit Dorien offiziell nicht zugeben dürfen. Inzwischen sei Dorien allmählich auf das Niveau eines untergeordneten Agenten im französischen Geheimdienst herabgesunken. Seine Pläne im antipreußischen, aber durch und durch deutschem Rheinlande hätten es verstanden, diese Tatsache als tödliche Waffe zur Verwirklichung der rheinischen Pläne zu benutzen.

Dr. Dorien habe verheißt, Beziehungen zwischen Frankreich und den Industrien des Rheinlandes herzustellen. In Wiesbaden habe er das gemeinnützige Bureau und später den Rheinischen Verein gegründet. Der Bericht erzählt: Obgleich diese Verheißungen äußerst energisch vom Oberkommissar unterstützt wurden, blieben sie fruchtlos. Es heißt weiter: Dorien habe versucht, die rheinische Separatistische Bewegung mit den übrigen separatistischen Mittelpunkten des nichtbesetzten Deutschlands zu verbinden. Er sei in Verbindung mit Dr. Helm, dem König der holländischen Bauern, getreten. Die zuerst vom französischen Geheimdienst in München, Darm, belagerte Politik, die zum überstaatlichen Kongress in Bamberg geführt habe, seien Dorien's Bemühungen zu rückzuführen. Dorien sei jedoch gezwungen gewesen, seine Pläne aufzugeben. Der Bericht erzählt, es bestände kein Zweifel daran, daß Dorien während des Zeitraumes von Ende 1918 bis Mitte 1919 jahrelange Anstrengungen unternommen habe und daß seine Pläne ihm gewisse Vorteile verschaffen könnten. Dorien habe alle diese Unternehmungen in seinen Plänen und wenn er sie getrieben wolle, so werde er in der Lage sein, auf viel mehr einen Druck auszuüben. Mitte 1922 habe Dorien erwidert, seine Partei noch zu organisieren. Er sei dem Programm treu geblieben, das er allmählich für die Schaffung eines autonomen Bundesstaates innerhalb des Reiches ausgearbeitet habe, aber, so fährt der französische Oberkommissar fort, dies verstoße, wie er mir wiederholt sagte, den Zweck, das Ansehen der Mehrheit seiner Anhänger zu beruhigen, die zwar antipreußisch, aber deutsch, eine verbesserte französische Union beabsichtigten. Nach Dr. Dorien's Ansicht könne ein solches Ergebnis nicht beabsichtigt werden und würde durch eine weitere durch einen unabhängigen Staat mit Unterstützung an Frankreich.

Schlappheit und des Lärmens des dortigen Delegierten, des Präsidenten Müller.

Der Bericht bezieht sich darauf, mit Dorien's Organisationsmethoden. Da Dorien gefunden habe, daß große Aktionsausschüsse Indifferenzen begünstigen, reichte er nur die Häuser der Bezirke in seinen vertraulichen Generalstab ein, durch den die Beschlüsse den unteren Rängen übermittelt wurden. Dorien's Arbeit beschränkte sich auf die läbliche Bevölkerung und den Mittelstand. Propaganda unter den Arbeitern, so sagte Dorien, könnte zu sozialdemokratischen Gegensätzen führen. Der französische Oberkommissar erklärte im Verlaufe von Unterredungen, die er mit gewissen Vertrauensleuten Dorien's, wie Grand-Ru und Dahlen von Kochen, Müller von Rön und Simon von Wiesbaden gehabt habe, habe er erleben können, daß Dorien als der einzige Führer betrachtet werde, der in der Lage sei, die rheinische Bewegung zu einem „erfolgreichen“ Ziel zu bringen. Der Bericht fährt fort: Ende Februar 1923 habe das Oberkommissariat Dr. Dorien drei ernste Dinge vorgebracht: 1. daß er nicht tue, um die separatistische Bewegung zu unterstützen, daß er vollständig ihre Bedeutung übertrübe und die separatistischen Anstrengungen im Ruhrgebiet mit einem vollständigen Manöver an Wäntz in Rheinlande erwidere; 2. daß er die ihm anvertrauten Botschaften nicht weitergeben solle; 3. daß er in der französischen Presse gegen das Oberkommissariat's Föhden einläßt habe. Der Verfasser des Berichtes, der Dorien gegen diesen Vorwurf in Schutz nimmt, erzählt, viele Agenten Dorien's hätten wirkliche Energie gezeigt und hätten unter Führung Dorien's einige zweifelslos interessante Ergebnisse erzielt, deren Einzelheiten er allerdings ausensichtlich nicht in der Lage ist mitzuteilen. Die Verhältnisse jedoch, die über den größten Einfluß auf Dorien ausübte und mit ihm in immer engeren Beziehungen blieb, war General Mangin. Dorien habe nicht den ihm von General Mangin bereiteten Empfang und auch nicht die großen Pläne, die sie zusammen erörterten, vergessen. Dorien habe General Mangin als den Mann angesehen, der als Einziger lähig sei, Frankreichs Gehör am Rhein zu erfüllen. Nach dem ersten Unfällen der Ruhrbewegung habe er gehofft, daß die Stunde der Aktion gekommen sei. Der Bericht schließt: Die Bindungen des Rheinlandes werden natürlich nicht ohne Widerstand stattfinden. Die Arbeiter und die ehemaligen Kriegsteilnehmer, alle diese Elemente üben eine Wirkung aus. Andererseits verfolge Dorien über eine Organisation, die für ihn nützlich sein werde; schrittweise könnte Dorien den Franzosen wertvolle Informationen liefern, sowohl bezüglich der Leute, als auch bezüglich ihrer Behandlungsmethode. Es würde ein Fehler sein, sich seiner Hilfe zu enthalten, besonders da Dorien sich selbst dem Rüd-

zug abgeschnitten habe, denn in Paris habe er seine Politik in völliger Übereinstimmung mit Frankreich beibehalten bezeichnet. „Seine Haltung“ meinte, die preußischen Mandatieren helfen könnte“, und einen unabhängigen Rheinlandsstaat, der Anteil an den Reparationen nimmt.

Der Chefredakteur des „Oberver“, Garoin, bezieht sich eingehend mit diesen Entwürfen und schreibt dazu: Das vierte Jahr nach Unterzeichnung des Versailler Friedens habe mehr getan, um den Augen der Welt den grundlegenden Irrtum dieser Regelung zu enthüllen, als die drei vorhergehenden Jahre zusammen genommen. Garoin gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die heutigen Entwürfe wenigstens einigen Franzosen die Augen öffnen werden. Die Pläne der Restrenkung des Rheinlandes von Deutschland können nicht gelassen, weil sie die tatsächlichen Verhältnisse der menschlichen Natur und der deutschen Geschichte außer acht lassen. Die französischen Separatisten dürften sich selbst an der Tatsache der deutschen Einigkeit brechen, wenn sie diese nicht anerkennen wollten. Unter den günstigsten Bedingungen sei dies vor 100 Jahren Napoleon nicht möglich und Voincare wollte es heute erreichen. So lange der Geist des heute veröffentlichten Dokumentes die französische Politik leitet, könne nichts die Katastrophe abwenden, die Frankreich und Europa bedrohe.

Paris, 25. Juni. Zu den Entwürfen in der heutigen Ausgabe des „Oberver“ über die Beziehungen des Vorstehenden der Rheinlandskommission, Lirard, wirft der „Temps“ die Frage auf, ob das von dem englischen Blatt veröffentlichte Dokument auch wirklich einen Bericht des französischen Oberkommissars darstelle. Der „Temps“ sagt, er glaube nicht, Weitzer betont der „Temps“, daß man in Frankreich niemals die Zersplitterung Deutschlands angestrebt habe.

Wieder ein Deutcher erschossen.
Berlin, 23. Juni. Aus dem Ruhrgebiet wird gemeldet: Heute morgen gegen 4 Uhr ist in der Nähe des Güterbahnhofes Wintrop der Arbeiter Duvo erschossen worden, der von einem französischen Soldaten erschossen worden. Währen ist noch nicht bekannt.

Dynamit-Attentat.
München, 25. Juni. In der Nacht zum Sonntag wurde die Druckerei des sozialistischen Blattes „Der Volkswille“ durch eine Dynamitexplosion zerstört.

Die Preis- und Lohnwelle.

Die neuen Kohlenpreise.

Berlin, 23. Juni. Im Anschluß an neue Lohnverhandlungen, die für die besetzten Gebiete etwas über 57 Prozent und für die anderen Reviere etwa 54,5 bis 57 Prozent betragen, und infolge der Materialpreissteigerung wurde nunmehr, wie bereits angekündigt, Festsetzung neuer Kohlenpreise notwendig. Die Preisveränderungen halten sich für die westdeutschen Reviere an das Ausmaß der Lohnsteigerungen; für Oberschlesien und Niederschlesien bleiben sie mit je 50 Prozent Erhöhung, für Sachsen mit 52 Prozent und für die mitteldeutschen Braunkohlenreviere mit 50 Prozent für Beihets und 45 Prozent für Rohkohle hinter der Lohnverhöhung um 10 Prozent und mehr zurück. Netto betragen die von den Organen der Kohlenwirtschaft beschlossenen Preisveränderungen durchschnittlich im einzelnen für: Ruhrfeldföderkohle 136 780, Aachen-Schweizer 159 734, besgl. Nordstern 181 787, Oberschlesien 98 061, Niederschlesien 118 820, Sachsen 145 931, Niedersachsen-Borsinghausen 132 611, besgl. Ibbenbüren 122 930, Rhein. Braunkohle (Rohkohle) 24 525, besgl. (Beihets) 84 830 M. Inzuzurechnen zu diesen Nettoerhöhungen je Tonne die üblichen Steuern usw. und eine weitere Steigerung der Bergmanns-

heimstättenbeiträge um 1500 Mark je Tonne abgerechelter Steinkohle. Für Ruhrfeldföderkohle erhöht sich durch die obigen Vorkosten der Preis von bisherigen 336 200 auf 528 000 M. je Tonne; für die mitteldeutschen Braunkohlenreviere steigen sich laut „Reichsanzeiger“ vom 15. Juni veröffentlichten Preise für die einzelnen Sorten Kohle um 45 Prozent und Beihets um 50 Prozent. Die neuen Preise treten wie die Lohnverhöhungen am 25. Juni in Kraft.

Die Lohnregelung für den Kohlenbergbau.

Berlin, 23. Juni. Im Anschluß an die für den Bergbau der besetzten Gebiete vereinbarte Lohnverhöhung, die der dort entstandenen besonderen Lebenslage Rechnung trägt, sind die Lohnverhöhungen für die übrigen Kohlenreviere durch einen vom Reichsarbeitsminister eingeleiteten Schlichtungsausschuß geregelt worden. Der von diesem gefällte Schiedsspruch sieht ab 25. Juni 1923 Zulagen im Betrage von etwa 55 Prozent vor, so zum Beispiel für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau eine Erhöhung durchschnittlich um 20 000 Mark, für den ober-schlesischen Steinkohlenbergbau um durchschnittlich 22 250 M., einschließlich des Hausstands- und Kinderge-

Wichtige Ereignisse.

Ein französischer Soldat hat im Ruhrgebiet einen französischen Offizier und einen Feldwebel erschossen.

Im Ruhr, wo kürzlich zwei Belgier erschossen wurden, ist einer — alle: das noch nicht verurteilt — Weidung zufolge wieder ein Belgier erschossen worden.

Desaunte beschloß durch eine Verordnung die gesamten Kohlen, also auch die Hausbrandkohle, des Ruhrgebietes für die Besatzungsarmee.

In Baden haben die Franzosen die Besatzung auf Provosthöfen ausgedehnt.

Die Finanz- und Steuerhoheit.

Nach langem, schwerem Leiden im Straßburger Krankenhaus hat der Entwurf zur Wenderung des Bundessteuergesetzes vom 30. März 1920 nunmehr das Licht der Tagesverhandlung erblickt, um im wesentlichen nach den Wünschen des Ausschusses verabschiedet zu werden. Das Interessanteste an der Behandlung in den Vollkammern vom 18. und 19. Juni war nicht der materielle Inhalt des Gesetzes. Er wurde mehr oder weniger von allen Seiten des Hauses kritisiert: als in seinem Erfolge zwar für die Gemeinden nicht ausreichend, auf der anderen Seite für die Reichsfinanzen allzu hart belastend. Es war vielmehr die grundsätzliche Auseinandersetzung mit dem ganzen System unserer heutigen Finanzgesetzgebung, die von den Rednern der Volkspartei, der Demokraten und der Deutschnationalen vorgeschrieben wurde, und die den Reichsfinanzminister in eine immer zu behauptende Abwehrstellung drängte. Hierüber habe zunächst eine kurze Ausführung.

Die Regelung der finanziellen Beziehungen zwischen Reich, Ländern und Gemeinden greift weit über den Rahmen eines reinen Finanzgesetzes hinaus und berührt die verfassungsrechtlichen Grundlagen des Reiches. Der bundesstaatliche Charakter Deutschlands, den auch die neue Verfassung festhält, bedingt eine entsprechende Verteilung der Finanz- und Steuerhoheit unter die drei genannten großen Steuerträger. Erzbergers Gedanke der Zentralisierung der Finanzen beim Reich verlangt als Korrelat den Einheitsstaat. Will und kann man nicht die Verfassung in der Richtung des unitarischen Reiches revidieren, was wir all und jede Ursache haben, so muß man umgekehrt die Dezentralisation der Finanzhoheit vornehmen. Bundesstaatliche Verfassung und Zentralisation der Finanzen aber vertragen sich nicht.

Das hat die bisherige Entwicklung seit 1919 deutlich gezeigt. Das Reich hat allmählich so ziemlich alle Steuerquellen an sich gezogen und damit den Ländern und Gemeinden weggenommen. Der Erfolg war, daß die Letzteren fast ausschließlich auf Dotationen des Reiches angewiesen und allmählich zu der Rolle von Kollonatoren herabgedrückt wurden. Insbesondere wurde es erforderlich, daß das Reich die Gehälter der Länder und Gemeinden in immer größerem Umfang übernimmt — das Landessteuerrecht fixiert jetzt den Anteil allgemein auf drei Viertel. Diese Entwicklung ist verhängnisvoll und sicher nicht geeignet, die Staatlichkeit der Länder und Gemeinden zu fördern. Denn nur der wird wahrhaft sparsam verwalten, der sich die Mittel zu seiner Verwaltung unter eigener Verantwortung und unter Kontrolle seiner Steuerzahler selbst beschaffen muß. Eine weitere — mehr oder weniger unangenehme Folge der Übernahme des weltlichen großen Teils der Personalkosten der Länder und Gemeinden auf das Reich war die Entfrem-